

Dresden, 04.05.2023

Pressemitteilung der PsyFaKo zum bundesweiten Aktionstag und der Veröffentlichung der Petition

Bundesweiter Aktionstag

Psychologiestudierende in ganz Deutschland haben heute mit einem **bundesweiten Aktionstag** für eine Regelung zur Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung demonstriert - **gemeinsam, groß, laut** und **öffentlichkeitswirksam**. Mit Aktionen, Demonstrationen und Social Media Präsenz (#PsychotherapieIstUnersetzlich #unersetzlich) forderten sie eine gesetzliche Regelung, damit die psychotherapeutische Versorgung sowie die berufliche Zukunft der nachkommenden Psychotherapeut*innen sichergestellt werden kann. Es muss von Beginn an möglich sein, ohne große Verzögerungen unter den gesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen die Weiterbildung zum* zur Fachpsychotherapeut*in zu absolvieren. Nur so können sie anschließend mit den gesetzlichen Krankenkassen abrechnen. **Bisher gibt es jedoch noch keine Weiterbildungsplätze und keine gesetzliche Grundlage für deren Finanzierung.** Hierfür bedarf es einer gesetzlichen Regelung auf Bundesebene, die das Bundesgesundheitsministerium bisher jedoch versäumt hat. Dies muss umgehend nachgeholt werden.

Petition zur Finanzierung der Psychotherapie-Weiterbildung

Gleichzeitig wurde heute die **Bundestagspetition zur Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung** online **veröffentlicht**. Felix Kiunke, Psychologie-Student aus Kassel und Vertreter der PsyFaKo, hat die Petition stellvertretend für die zukünftigen Psychotherapeut*innen in Weiterbildung eingereicht. Gemeinsam mit über 50 Verbänden, Psychotherapeutenkammern und Fachgesellschaften wird darin gefordert, die angemessene Finanzierung der obligatorischen ambulanten und stationären Weiterbildung gesetzlich zu regeln, um die psychotherapeutische Versorgung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sowie die berufliche Zukunft der nachkommenden Psychotherapeut*innen zu gewährleisten.

Hintergrund:

Die Heilberufsgesetze der Länder sehen vor, dass die gesamte Weiterbildung in hauptberuflicher Tätigkeit mit einem angemessenen Gehalt erfolgt. Dazu zählen sowohl die ambulante als auch die stationäre psychotherapeutische Weiterbildung. Der Handlungsbedarf ist dringend, denn seit Herbst 2022 gibt es erste Absolvent*innen der neuen Studiengänge und in der Folge die ersten neuapprobierten Psychotherapeut*innen. Ihre Zahl wird bis zum Frühjahr 2024 auf circa 1.000 und bis 2025 auf jährlich mindestens 2.500 Absolvent*innen ansteigen. Diesen Psychotherapeut*innen muss eine Weiterbildung mit angemessener Bezahlung ermöglicht werden.

Zuletzt hatte der Berufsstand am 28. März 2023 in einem offenen Brief an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach appelliert, u.a. in den geplanten Versorgungsgesetzen auch die ausreichende Finanzierung der Weiterbildung von Psychotherapeut*innen zu regeln.

Die Forderungen und Bemühungen werden von der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) sowie über 50 Verbänden, Psychotherapeutenkammern und Fachgesellschaften mitgetragen. Gemeinsam wurde auch die an den Deutschen Bundestag adressierte Petition zur Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung erstellt. Studierende wie Berufsstand rufen zur Mitzeichnung der Petition (Id-Nummer: 148151) unter https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/2023/03/23/Petition_148151.html bis zum 01.06.2023 auf.

Pressekontakt:

AG Psychotherapie-Reform des PsyFaKo e.V.

Ansprechperson: Felix Kiunke | E-Mail: psychthg@psyfako.org | Tel: 0172-8013979